

Solidarität



Organ Des Verbandes Der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erkheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3 gefaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 4 • 37. Jahrgang

Berlin, den 24. Januar 1931

Die Gewerkschaften in Deutschland

Die Gewerkschaften sind die Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse.

Karl Marx

Nach Karl Marx sind die Gewerkschaften, „ohne daß sie sich dessen bewußt sind, zu Brennpunkten der Organisation der Arbeiterklasse geworden, wie die mittelalterlichen Munizipalitäten und Gemeinden es für die Bourgeoisie geworden waren“. Wir glauben, daß diese Worte von Karl Marx zu keiner Zeit mehr zuträfen als in der gegenwärtigen, da die politischen Parteien mehr oder weniger zerfallen oder in der Umbildung begriffen sind. Deshalb trifft auch eine weitere Ansicht von Karl Marx vollinhaltlich zu:

„Alle politischen Parteien, mögen sie sein, welche sie wollen, ohne Ausnahme, begeitern die Massen der Arbeiter nur eine Zeitlang vorübergehend; die Gewerkschaften hingegen heften die Arbeitermassen auf die Dauer, nur sie sind imstande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen.“

Von diesem Blickpunkt ausgehend, wollen wir einmal diese gewaltige Massenbewegung und ihre Ausdehnung in Deutschland an Hand des kürzlich erschienenen Jahrbuches der Berufsverbände betrachten. In diesem Jahrbuch, wo Hunderte von Organisationen der Unternehmer, Arbeiter, Beamten, freien Berufe verzeichnet sind, spiegelt sich das organisierte soziale Leben in Macht und Einfluß wider.

Anfang 1929 waren in Deutschland rund 17 Millionen Arbeiter und Angestellte gegen Arbeitslosigkeit versichert. Die Gesamtzahl der in sogenannten Arbeitnehmerverbänden organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten betrug zu der gleichen Zeit rund 9 Millionen. Es entfallen zwei Drittel auf die Arbeiter und der Rest auf Angestellte und Beamte. Gegenüber der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten bedeuten die 7,48 Millionen organisierten Arbeiter und Angestellten 44 Proz. Wenn wir von den übrigen 56 Proz. 20 Proz. abziehen, die für eine gewerkschaftliche Organisation nicht in Frage kommen, verbleiben immerhin 35 bis 40 Proz. Hand- und Kopfarbeiter, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören. Hieraus ist zu ersehen, wie außerordentlich groß das Organisationsfeld der Gewerkschaften noch ist. Ein Rundgang durch den Bau der Gesamtbewegung befähigt, daß die weitaus größte Zahl der Arbeiter den freien Gewerkschaften angehören. Dies stellt auch das Jahrbuch mit folgendem Satz fest: „Unter den Organisationsgruppen stehen die freigewerkschaftlichen Arbeiterverbände weitaus voran.“ Umfang und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationsrichtungen geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

Organisiert waren Anfang 1929	Männliche Arbeiter	Weibliche Arbeiter	Insgesamt	Von 1000 m. w.
Freigewerkschaftlich	1 127 281	730 645	1 857 926	85
Christlich-national	638 714	124 129	762 843	34
Freiwillig-national	190 005	13 239	203 244	9
Kommunist.	98 100	3 750	101 850	5
Wirtschaftsrechtlich				
in selbst. Verbänden	16 124	26 678	42 802	2
Zusammen	5 042 124	907 441	5 949 565	85

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die in Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengefaßten freien Gewerkschaften rund 82 Proz. aller organisierten Arbeiter in sich vereinigen. Sie bilden den Kernpunkt der Arbeiterbewegung überhaupt. Alles, was darum herum kreucht und fleucht, lebt nur von der Demagogie und von den Brosamen, die von dem Tisch der freien Gewerkschaften fallen. Anfang 1930 waren die freien Gewerkschaften auf einen Mitgliederbestand von 4 948 276 angewachsen. Die freie Gewerkschaftsbewegung war in den organisatorischen Hochkonjunkturjahren noch wesentlich stärker. 1921 waren im Organisationsrahmen des DGB 8 032 000 Arbeiter und Arbeiterinnen vereinigt. Nach der Währungsstabilisierung trennte sich die Spitze von dem Weizen, und übrig blieben nur die charakteristischsten Elemente innerhalb der Arbeiterschaft.

Die weiblichen Mitglieder machten bei den freien Gewerkschaften 15 Proz. der Mitglieder aus. Von den 907 000 insgesamt organisierten Arbeiterinnen befanden sich 740 000 oder 82 Proz. bei den freien Gewerkschaften. Mit einer Jahreseinnahme wie 1929 mit 251 Millionen war dieser gewaltige Organisationsblöck auch finanziell zu einer nicht geringen Macht angewachsen. Daß auch die übrigen Einrichtungen der freien Gewerkschaften, durch eine jahrelange Aufbauarbeit geschaffen, auf der Höhe standen, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Die christlichen Gewerkschaften bilden im Rahmen der gesamten Gewerkschaftsbewegung die nächstfolgende Gruppe. Die Zahl der Organisierten beträgt aber nur ein Sechstel der der freien Gewerkschaften. Daneben ist es noch von Bedeutung, daß sich die christliche Arbeiterbewegung überwiegend auf die Katholiken, also auf West- und Süddeutschland beschränkt. Von den 19 Verbänden haben nur zwei (Metallarbeiter und Bergarbeiter) eine Mitgliederzahl über 100 000. Im Jahre 1928 war eine Gesamteinnahme von 22 Millionen zu verzeichnen. Das ist ungefähr der elfte Teil der Jahreseinnahme, die die freien Gewerkschaften zu verzeichnen haben. Die christlichen sind nur ein schwacher Abkömmling der freien Gewerkschaften.

Die Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Dunker) bilden die dritte Gruppe der Gesamtbewegung in Deutschland. Anfang 1929 waren hier insgesamt 168 726 Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengeschlossen. Letztere sind bei den Hirschen zahlenmäßig schwach; denn insgesamt sind nur 12 658 weibliche Mitglieder vorhanden. Die Gesamteinnahmen betragen im Jahre 1928 4 098 000 M. Die Hirsch-Dunkerischen Gewerkvereine werden in Deutschland niemals wieder zu einer ausschlaggebenden Bedeutung gelangen. Wenn Erkelenz und andere Führer der Gewerkvereine sich der Sozialdemokratie anschließen, dann sollte auch deren Organisation nachfolgen und den Weg zum DGB finden.

Das Jahrbuch der Berufsverbände verzeichnet als vierte Gruppe die Arbeiterverbände kommunistischer Richtung. Insgesamt wird hier eine Mitgliederzahl von 68 100 angegeben. Einbezogen in diese Gruppe sind die Syndikalistischen, die revolutionären Industrieverbände, die Arbeiter-Unionen usw. Nach dem Studium dieses betreffenden Abschnittes des Jahrbuches ist man genau so schlau wie vorher. Man vermag kein einheitliches Bild über die „revolutionären“ Organisationsrichtungen zu erhalten.

In noch größerem Maße gilt dies von der „wirtschaftsriedlichen“ Gewerkschaftsbewegung. Selbst das objektive „Jahrbuch“ schreibt hierüber:

„Für die Gruppe der Berufs- und Betriebsgewerkschaften erklebenden wirtschaftsriedlichen Arbeitervereinigungen besteht kein sicherer Anhalt dafür, welche Ausdehnung sie unter der Arbeiterschaft erreicht haben. Auf Tagungen genannte Zahlen sind in der Öffentlichkeit angezweifelt worden. Dem Statistischen Reichsanstalt haben die Verbandsleitungen bei der Umfrage keinerlei Angaben gemacht, nachdem bei der vorhergehenden Umfrage teils darauf hingewiesen worden war, daß wegen Umbildung innerhalb der Organisation Angaben zur Zeit nicht gemacht werden könnten...“

Jedenfalls ist eins sicher, daß sich an dem gelben Charakter dieser Bewegung nichts geändert hat. Es bestehen eine Reihe Spitzenorganisationen, die sich teilweise hart beschneiden, aber doch nach längeren Einigungsverhandlungen im Juni vorigen Jahres zu der Gründung des Hauptauschusses der nationalen Industriearbeiterverbände kamen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch evtl. Gewerkschaftsgründungen der Nationalsozialisten diese Bewegung einen neuen Ansporn erhält. Trotzdem man manchmal an dem gesunden Geist weiter Schichten der Arbeiterschaft zweifeln möchte, so sind wir doch der Überzeugung, daß die Gelben es niemals zu einer aus-

schlaggebenden Stellung im Gewerkschaftsleben bringen werden.

Die Gewerkschaftsbewegung hat in Deutschland in der Nachkriegszeit eine Beachtung gefunden, wie es vorher niemals der Fall war. Deshalb auch die Feindschaft gegen diese Massenorganisationen des Proletariats. Diese zahlreiche Gegnerschaft kann den freien Gewerkschaften nur zur Ehre gereichen. Die Gewerkschaften sind und bleiben ein Teil der modernen Wirtschaft. Dies hat bereits Staatssekretär Delbrück, ein Minister des kaiserlichen Deutschland, mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht:

„Man hat vielfach die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften verkannt, während tatsächlich nach meiner Überzeugung die Gewerkschaften wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, ohne die unser Wirtschaftsleben nicht mehr denkbar ist.“

Möge die sozialistische Arbeiterschaft ihrer Gewerkschaftsbewegung die Liebe entgegenbringen, die sie verdient. In Zeiten wirtschaftlicher Katastrophen können diese keine Krienerfolge bringen, aber gerade dann erweisen sie sich als ein Damm, der die Fluten der Reaktion in Schranken hält.

Erfolgreiche Arbeit des Graphischen Kartells Dortmund

Sie können sich noch so wenig, die vier Kinder der graphischen Familie, trotzdem sie unter die gleichen Lebensbedingungen gezwungen sind. Berufsstolz in Ehren, aber Sparteingeist verdunkelt den Horizont. Berufliche Abgeschlossenheit hindert den Ausblick in die weite Ebene des großen Geschehens rund um die Lebensfragen der Gesamtarbeiterschaft der graphischen Industrie. Auf dieser Erkenntnis baute das Graphische Kartell seine Jahresarbeit im verflochtenen Jahre auf.

Vier große Veranstaltungen sind es, die als gesunde Akkordpunkte der Jahresbilanz erwähnenswert sind. Zum ersten ein Gesellschaftsabend. Das Volkshaus sah nicht die Zahl der Berufsangehörigen, die teilnehmen wollten an dieser geselligen Veranstaltung. Die große Zahl der Gäste war ein willkommener Anlaß, von den Zwecken und Zielen des Graphischen Kartells zu reden.

Einige Wochen später erfolgte eine Beschäftigung des arbeitsphysiologischen Instituts. Die wiederum große Zahl der Teilnehmer hatte Gelegenheit, die Mittel und Methoden moderner Arbeitsphysiologie kennen und beurteilen zu lernen. Gar mancher wird die Beobachtung gemacht haben, daß man hier versucht, mit raffiniert ausgedachten Hilfsmitteln die Leistungs- und Ertragsfähigkeit des menschlichen Körpers zu steigern und somit zu einer wertvolleren Ausbeutungsquelle zu machen. Rationalisierung des Menschen! Aber wir fürchten nicht das Neue, wir wollen es uns dienstbar machen.

Dann folgte die Lohnabbaubewegung der Unternehmer ein. Das Graphische Kartell zog die Betriebsräte der graphischen Industrie zu einer Besprechung zusammen, um erneut das Ab der Verhaltensmaßregeln durchzubekommen. Guter Besuch und gewerkschaftlicher Geist zeichnete auch diese Veranstaltung aus.

Den Höhepunkt und Schlußstein der Jahresarbeit bildete eine ebenfalls gutbesuchte Kundgebung, in der Buchdruckerkollege Fette (Duisburg) über die Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer und der Regierung sprach. Diese Veranstaltung wurde zu einer glänzenden Protestkundgebung gegen alle Versuche, die Lebensbedingungen der graphischen Arbeiterschaft zu verschlechtern.

So darf das Graphische Kartell den Schlußstrich ziehen unter die Arbeit des Jahres 1930. Ob man zufrieden sein darf? Wir in der Arbeiterbewegung sind nie zufrieden im eigentlichen Sinne, gibt es doch, eine Weltordnung umzubauen, die noch viele Kräfte verbrauchen wird. Aber freuen dürfen wir uns doch des Erfolges! Wir brauchen diese Freude, diesen Erfolg für die weit schwierigere Arbeit des neuen Jahres. Schabera.

Eine Leimrute

Nachdem die Unternehmer mit ihren Maßnahmen zur Rationalisierung der Betriebe so ziemlich am Ende sind und beim besten Willen nicht mehr aus ihren Maschinen und der Belegschaft herauslösen können, verfallen sie auf eine glänzende Idee, bei der Arbeiterschaft anzufangen, wo noch weiter gespart werden kann, um die Aufkosten zu verringern. Als Anreiz werden Preise ausgelegt für gute durchführbare Vorschläge, von denen der Arbeiter gar nichts, höchstens Nachteile hat. Der Unternehmer aber sich besonderen Nutzen verspricht. Er würde ja auch sonst kein Geld in das Geschäft stecken. Eigentlich müßten die Arbeiter wissen, wer bis jetzt die Kosten für die Rationalisierung getragen hat; sie sollten es wissen, zumal im graphischen Gewerbe, wo die Zahl der Arbeitslosen von Monat zu Monat steigt und zu einer Höhe angewachsen ist, die nicht nur durch die Wirtschaftslage erklärt werden kann. Sie wissen es aber anscheinend nicht, sonst würden sie nicht auf die Leimrute geknallen sein, die die Firma Oskar Brandtetter in Leipzig ausgelegt hat.

Genaunte Firma hat nämlich zu Weihnachten ein Preisaus schreiben erlassen, in dem sie ihre Arbeiter auffordert, sich selbst wirtschaftlich umzubringen, gegen entsprechendes Entgelt natürlich. Preise in Höhe von 100 M. bis zu 25 M. und Trostpreise von je 10 M. wurden für Anregungen, Vorschläge und Ideen versprochen, die wirtschaftliche Vorteile für die Firma bringen. Die Geschäftsleitung schmuste der Belegschaft folgendes vor:

„Je schwieriger es wird, Aufträge zu auskömmlichen Preisen zu erhalten, um so notwendiger ist es, wirtschaftlich zu arbeiten. Die Geschäftsleitung glaubt, daß auch durch eine der Belegschaft Anregungen, Vorschläge und Ideen in bezug auf technische Neuerungen oder organisatorische Änderungen geben kann, die wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen könnten. Aus dieser Erwägung heraus wird ein Wettbewerb veranstaltet zu nachstehenden Bedingungen:

1. Preis 300 M.
2. Preis 200 M.
3. Preis 100 M.
4. Preis 50 M.
5. Preis 25 M.

Falls über diese prämierten Vorschläge hinaus weitere beachtliche eingehen sollten, behält sich die Geschäftsleitung vor, weitere Preise zu je 10 M. zur Verteilung zu bringen.“

Niemand brauchte seinen Namen anzugeben, ein Kennwort genigte und eine Nummer, damit die Preissträger, wie es in dem Preisaus schreiben heißt, keinerlei Unannehmlichkeiten ausgesetzt sind.

Die Firma hatte richtig spekuliert. 50 Einsender konnten ausgezeichnet werden, die Geschäftsleitung ist erfreut über den Erfolg. Sie brachte ihren Dank so zum Ausdruck:

„Die unerwartet rege Beteiligung aller Abteilungen am Preisaus schreiben war eine angenehme Überraschung für die Geschäftsleitung. Der Umfang der Zuschriften und eine Fülle gut gemeinter Gedanken beweisen neben dem großen Interesse der Belegschaft am guten Gedeihen des Hauses besonders auch viel Liebe zu unserem Berufe. Es muß dies mit Freude und Genugtuung festgehalten werden, zumal die Einsendungen sich überwiegend durch reine Sachlichkeit und viel Verständnis für die Wirtschaftslage im allgemeinen und die besonderen Nöte des Betriebes auszeichnen.“

Wir haben mit verschiedenen Kolleginnen und Kollegen gesprochen und um ihr Urteil nachgefragt. Von den Äußerungen, die uns zugehen, mögen sich die Teilnehmer an diesem Preisaus schreiben folgende eines sächlichen Kollegen merken:

„Die Sucht nach dem Profit geht sogar soweit, den Arbeiter noch außerhalb seiner Arbeitszeit als Werkzeug zu benutzen. Diese nun darauf eingesandten Rezepte sind nicht Vorschläge einer geschulten Arbeiterschaft. Es sind Vorschläge von Arbeitern, bei denen der Groschen noch nicht runtergefallen ist, solcher, die noch gläubig den Unternehmer für edel halten. Würden diese Anregungen alle durchgeführt werden, könnten wir uns aufhängen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß bei diesem Preisaus schreiben der ausgelegte Preis Anreiz war, geistige Verbesserungsprodukte der Firma zu unterbreiten. So verständlich es auf der einen Seite ist, einen Geldpreis zu erringen, um vielleicht notwendige Ausgaben im Arbeiterhaushalt zu bestreiten, so verwerflich ist es auf der anderen Seite, den Arbeitsverdienst auf solche Art zu erhöhen.“

Wie als organisierte Arbeiter müssen eine derartige Leimrutenpolitik der Unternehmer entschieden bekämpfen. Der klugen Arbeiter weiß genau, daß alle Verbesserungs vorschläge im Betriebe nur Erhöhung des Mehrwertes bedeuten, der einzig und allein dem Unternehmer zuzieht. Der Unternehmer rationalisiert seinen Betrieb damit profitbringend, jedoch die Arbeiterschaft wird weiter und weiter freigesetzt. Ein weiteres Moment sollte den Preissträgern offenbar werden: jede technische Verbesserung an den Maschinen macht die Arbeitskraft des Menschen entbehrlicher. Und wer (von den Preissträgern) wird der nächste sein, der kempfen geht?

Die Herren Unternehmer sollten sich endlich darüber klar werden, daß die Arbeiterschaft es nicht nötig hat, dauernd einschichtig zu sein. Gerade heute zeigt die herrschende Wirtschaftskrise, daß es höchste Zeit für diese

Herren ist, sich volkswirtschaftliches Denken anzueignen. Wenn die Firma so schlecht organisiert ist, daß sie erst die Gehirne ihrer Arbeiterschaft zu technischen Verbesserungen heranziehen muß, so lasse man doch einen Fachmann kommen, der Schwung in den Laden zu bringen in der Lage ist. Die gewerkschaftlich geschulte Arbeiterschaft muß es ablehnen, sich hierbei zu betätigen, solange diese Verbesserungen nur den Unternehmern zugute kommen.

Den Preissträgern empfehlen wir, einmal über ihre wirtschaftliche Lage nachzudenken, damit sie kein schiefes Bild von ihrer eigenen Wichtigkeit im Betriebe bekommen ...“

Dem Urteil des Kollegen ist nichts hinzuzufügen.

Der Erfolg entscheidet

Wie man es machen muß, um sich vor Schäden zu bewahren, beweist ein Fall, den uns der Ortsvorsitzende einer kleineren Zahlstelle mitteilt:

Eine Kollegin, die seit zwei Jahren nicht mehr im Beruf gearbeitet hatte, bekam wieder Stellung als Anlegerin und vereinbarte mit dem Betriebsinhaber einen Anfangslohn von 21 M. Wenige Tage später wurde sie Verbandsmitglied und von dem Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß sie unter dem Tariflohn arbeite. Sie solle Forderung auf tarifliche Bezahlung stellen. Die Kollegin tat das, der Betriebsrat vertrat ebenfalls ihre Forderung bei der Geschäftsleitung, die die Kollegin aber auf spätere Zeit verzögerte, da die Geschäftslage sehr schlecht sei und bald Entlassungen vorgenommen werden müßten. Dazu kam es dann auch und die betreffende Kollegin durfte wieder aufhören. Nun griff der Ortsvorsitzende ein, wurde vorstellig und verlangte Wiedereinstellung und tarifliche Entlohnung; der Erfolg war folgender:

Die Kündigung konnte leider nicht rückgängig gemacht werden, da Arbeitsmangel tatsächlich nachgewiesen werden konnte. Aus dem Kündigungsgrund (zuerst ungenügende Leistung; daher die Unterbezahlung) wurde Arbeitsmangel. Und dann Nachzahlung des Tariflohns, Aufrechnung der Arbeitslosen-, Kranken- und Invalidenbeiträge, so daß die Kollegin nicht nur 60 M. in bar erhielt, sondern auch, da die Entlassung nicht selbstverschuldet war, die Wartezeit verkürzt wurde und eine erhöhte Arbeitslosenunterstützung in Frage kam.

Wir wissen ja, und dieser Fall zeigt es wieder, welche Vorteile Verbandsmitglieder genießen, aber hier und da bracht noch ein Unorganisiertes herum, und der weiß es nicht, dem wollen wir es sagen. J. F.

Preissteigerung bis 40 Proz.

Es wird immer toller. Die Unternehmer rechnen in ihren Organen genau aus, um wieviel Prozent die Preise für Lebensmittel von Monat zu Monat fallen, während die Arbeiter beim Händler nur Preissteigerungen feststellen müssen. In den letzten Tagen konnten wir auf dem Berliner Gemüsemarkt Preiserhöhungen bis zu 40 Proz. trotz reichlicher Zufuhr beobachten, worüber nachstehende Tabelle Auskunft gibt.

	Kleinhandelspreise pro Wd.			Großhandelspreise pro Str.		
	Anfang Jan.	Mitte Jan.	Steigerung	Anfang Jan.	Mitte Jan.	Steigerung
Rohkohl	8	7	10 Proz.	3,25	4,50	39 1/2 Proz.
Blaukohl	8	10	25 Proz.	3,50	0,75	28 Proz.
Hofkohl	8	10	25 Proz.	4	0,50	8 1/2 Proz.
Grünkohl	10	14	40 Proz.	8	9	10 1/2 Proz.
Wohrkohl	5	7	40 Proz.	3,75	3,50	-
Kohlräben	3	3	-	3,25	3	-
Zwiebeln	3	3	-	2,75	3,25	19 Proz.

Sämtliche Preise sind Durchschnittspreise. Also erst einmal die Angelegenheit mit den Maßregeln ist ein glatter Stand: im Großhandel geben die Preise um rund 7 Proz. nach, und im Kleinhandel steigen sie um nicht weniger als 40 Proz.! Ähnlich bei den Kohlräben, auch hier im Großhandel sinkende Preise (um 7 1/2 Proz.), nur den Kleinhandel geht das nichts an. Die Verbraucher haben ja keine Ahnung, was das Gemüse im Großhandel kostet. Beim Rohkohl, wo die Großhandelspreise um 8 Proz. gestiegen sind, da wird vom Kleinhandel gleich die Gelegenheit wahrgenommen und 25 Proz. auf die Preise aufgeschlagen. Beim Grünkohl nicht minder, aus 16 Proz. werden einfach 40 Proz. gemacht.

Dem Augenschein nach handelt es sich um geringfügige Pfennigbeträge bei diesen Preissteigerungen. Wenn man aber bedenkt, daß in den Wintermonaten die von uns angeführten Gemüsearten zusammen mit den Hilfsfrüchten die Hauptnahrungsmittel der arbeitenden Bevölkerung und wieviel mehr noch unserer halben Million Erwerbsloser bilden, dann wachsen sich diese Pfennige zu Vermögen in den Taschen des Handels aus. Und einen ungefähren Eindruck von der exorbitanten Höhe der Preissteigerungen für Gemüse bekommt man, wenn man die Pfennige einmal in Prozente umrechnet. Es wäre übrigens interessant, wenn jede Hausfrau morgen einmal ihren Grünfrämhändler fragen wollte, wie er sich das mit der Verdoppelung und Verdreifachung des Großhandelsaufschlages denkt. Soviel Märchen wären dann wohl an einem Tage in Berlin noch nicht erzählt worden.

Was bringt die neue Rotverordnung?

Eine Klärung.

In unserer Nr. 51 vom 20. Dezember 1930 brachten wir unter obenstehendem Titel eine Aufzählung der veränderten Bestimmungen der Sozialgesetze durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930. Ein besonderer Abschnitt war dem § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches gewidmet, der folgendermaßen lautet:

„Der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird. Er muß sich jedoch den Betrag anrechnen lassen, welcher ihm für die Zeit der Verhinderung aus einer auf Grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Kranken- oder Unfallversicherung zuzummt.“

Erkrankung und Erfüllung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten waren als Zeitversummisse anzusehen, für die ein Lohnabzug nicht erfolgen durfte. Eventuell ausgezahlte Vergütungen von Krankenkassen oder von der Unfallversicherung waren aber auf den zuzahlenden Lohnbetrag anrechnungsfähig. Während nun im Laufe der Zeit durch tarifvertragliche Bestimmungen der Anspruch der Arbeiterschaft auf Lohnzahlung gemäß § 616 BGB. wieder aufgehoben wurde, brachte überraschenderweise die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 für den Lohnanspruch aus dem § 616 BGB. die zwingende Vorschrift: „Der Anspruch an nicht durch Vertrag aus geschlossen oder beschränkt werden.“ Damit wurde dem Unternehmer die Verpflichtung aufgelegt, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen die Lohnansprüche des Arbeitnehmers anzuerkennen. Diese Regelung wäre für das Arbeitsrecht auch von großer Bedeutung gewesen. Der § 616 BGB. bezieht sich in seinem Wortlaut bestimmt auch auf Arbeiter. Er bezieht sich nicht nur auf Krankheitsfälle, sondern auch auf andere in der Person des Arbeitnehmers liegende Arbeitszeitversummisse. Nur dürfen die Versummisse nicht durch die Schuld des Arbeiters eingetreten sein. So war wohl auch die Zustimmung des Reichstages zu der Zusatzbestimmung zum § 616 BGB. zu verstehen.

Nun wurde aber durch eine „Berichtigung“ des Reichsministers des Innern vom 8. Dezember 1930 (Reichsgesetzblatt S. 608) bekanntgegeben, daß bei der Herstellung des Druckexemplares der Rotverordnung ein Versehen unterlaufen sei, und daß in dem dem § 616 BGB. zugefügten neuen dritten Satz hinter dem Worte „Anspruch“ einzufügen ist: „eines Angestellten (§ 1 Abs. 1, 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes) für den Krankheitsfall“. Also kommt diese Änderung für Arbeiter leider nicht zur Anwendung. Zu dieser „Berichtigung“ bemerkt Röpel in der „Arbeitsrechts-Praxis“ (Heft 12, 1930) ganz recht, daß es sich hier keinesfalls mehr um eine Berichtigung, sondern um eine wichtige sachliche Änderung, zu der die Zustimmung des Reichstages fehlt, handele. Denn der Reichstag hätte der Rotverordnung nur in der ursprünglichen Fassung zugestimmt.

Für die Arbeiterschaft besteht nun aber der Zustand, daß durch die Berichtigung des Reichsinnenministers der jetzige Wortlaut Gesetzeskraft hat und es leider nicht ausreicht, daß auch die Arbeiterschaft bei geringfügigen Zeitversummissen Anspruch auf Weiterzahlung des Lohnes erheben kann.

Die Arbeitsdienstpflicht abgelehnt

Im Reichstag ist ein Gesetzentwurf eingereicht worden, der die Arbeitsdienstpflicht für alle jugendlichen Personen vorseht. Das Reichsarbeitsministerium hatte die Vertreter der Spitzenverbände, Unternehmer und Gewerkschaften, zu einer informativem Aussprache über diesen Gegenstand eingeladen. Der Staatssekretär Dr. Weib machte die einleitenden Ausführungen. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums brachte die Bedenken vor, die der Einführung der Arbeitsdienstpflicht entgegenstehen.

Man veranschlagt die jährlichen Kosten auf mindestens 1350 Millionen Mark, denen eine Einsparung von höchstens 200 bis 250 Millionen gegenübersteht. Bei einer Arbeitsarmee von rund 1 Million würden sich die Kosten für einen Arbeitstag pro Beschäftigten auf 18 bis 20 M. stellen. Hinzukommt, daß der Wert jeder Zwangsarbeit bedeutend tiefer zu veranschlagen ist als der Wert einer freiwillig geleisteten Arbeit. In der Aussprache lehnten die Vertreter der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften den Plan einstimmig ab. Es fehlen zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht alle Voraussetzungen. Hinzukommen die wirtschaftlichen und finanziellen Hemmnisse. Als Sprecher der Gewerkschaften erklärte sich Peter Grafmann ganz entschieden gegen derartige Zwangsarbeit. Auch die Anregung eines freiwilligen Arbeitsdienstes wurde glatt abgelehnt. Eine weitere Behandlung des Planes wurde von keiner Seite gewünscht. Damit ist die Idee der Arbeitsdienstpflicht vorläufig begraben.

Handbemerkungen zur Politik

Brüning als Marzifil.

Das nationalsozialistische Abendblatt „Der Angriff“ hat endlich den Sinn der Rotverordnungen des Kabinetts Brüning entdeckt. Er erklärt zu der neuen Schlichtungsverordnung: „Was tut man in Wirklichkeit bei diesem ganzen Aufbaue eines Rotverordnungsmechanismus? — Man bereitet dem Marxismus den Weg! Eine der Marzifischen Theorien besagt, daß sich schließlich die Macht in der Wirtschaft in immer weniger Händen vereinigen werde, und daß dann von selbst der Augenblick kommen würde, da das Proletariat die Macht an sich reißen würde. Was da Karl Marx für die Weltwirtschaft (natürlich fälschlicherweise!) voraussetzt, das tritt jetzt in Deutschland politisch ein: Das Kabinett Brüning schafft ein Gebäude von Rotverordnungen, die die Sozialdemokraten und die ihnen heute besonders nahestehenden Kommunisten zur gegebenen Stunde nur an sich zu reißen brauchen, um „verfassungsmäßig“ die Diktatur zu übernehmen, die rote Diktatur.“

Beachtenswert ist hier weniger die Ahnungslosigkeit in bezug auf Marxismus und Politik im allgemeinen — das ist bei den Nazis eine Selbstverständlichkeit —, sondern die Furcht vor der roten Diktatur. Die Wärter auf die weiße Diktatur werden von der Vorstellung geplagt, man könnte ihnen zuvorkommen!

Blinde Opposition.

Das juchbare Gend der Weltwirtschaftskrise hat überall Anzuehmigkeit mit den bestehenden Verhältnissen erzeugt. Die Opposition hat aber in den einzelnen Ländern ganz verschiedenen Charakter. In Deutschland haben wir die offen reaktionäre Nazi-Welle erlebt. In den Ländern der Diktatur dagegen wächst die demokratisch-sozialistische Bewegung. Druck erzeugt Gegenruck. Aber die Opposition ist zunächst „blind“. Sie erkennt nicht die wahren Ursachen der Not, sondern sie greift einfach das Bestehende an. Nur so kann man sich die deutsche nationale Opposition erklären.

Nazis als Gewerkschaftsfeinde.

In seinem Buch „Mein Leben“ schreibt Hitler über die Zerfällung der Gewerkschaften: „Es gab nur zwei Möglichkeiten: Entweder den Parteigenossen zu empfehlen, aus den Gewerkschaften herauszugehen, oder zu bleiben, um dort möglichst zerstörend zu wirken. Ich habe im allgemeinen diesen letzteren Weg empfohlen.“ Der nächste Schritt war die Bildung von Nazi-Zellen innerhalb der Gewerkschaften. Jetzt steht bereits die Schaffung eigener Nazi-Gewerkschaften zur Erörterung. Das Unternehmertum wird diese Entwicklung mit ungetriebener Freude betrachten. Eine bessere Unternehmergarde als die Nazis kann man sich gar nicht denken.

Keure Reichswehr.

Seit April 1924, also seit der Stabilisierung der Währung bis zum 31. März 1930 wurden für die Reichswehr 417,3 Millionen Mark ausgegeben. Während dieser Zeit war das Reich gezwungen, 384,8 Millionen Mark Schulden aufzunehmen. Verschuldung und Wehrausgaben sind also ungefähr gleich groß. Von Jahr zu Jahr wird dieser Abdruck wachsen, wenn nicht die Abriktion endlich ernsthaft in Angriff genommen wird.

Die Militärausgaben für sämtliche Länder der Erde wurden für 1929 auf 18 Milliarden Mark geschätzt. Angeflickt soll diese Riesensumme der Sicherheit dienen, in Wirklichkeit ist sie die größte Bedrohung für den Frieden.

Aus den Kassenstellen

Dittersbach. Jahreshauptversammlung am 10. Januar 1931. Durch Erheben von den Vätern wurde noch einmal an die auf dem Felde der Arbeit gefallenen Mitkrieger gedacht. Nach Verlesen des Protokolls und des Kassenberichts ging die Neuwahl des Vorstandes voran, wobei der alte Vorstand wieder gewählt wurde, mit Ausnahme des zweiten Schriftführers. Gauleiter Reinhold, welchen wir in der Versammlung begrüßen konnten, hielt einen Vortrag über das Jahr 1930. Er gab ein anschauliches Bild von der schlechten Wirtschaftslage und den schweren Kämpfen der Gewerkschaften. Gegen die Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer kann nur eine einzige, gut organisierte Arbeiterschaft etwas ausrichten. Die Lohnkürzung, welche die Arbeitgeber durchzuführen beabsichtigen, würde sich in jedem Arbeiterhaushalt schmerzhaft spürbar machen, da man von einer Preisentzerrung der Lebensmittelpreise und anderen Bedarfsmitteln durch die Verzollung gestiegen sind. Gauleiter Reinhold mahnte die Kollegenschaft zum festen Zusammenhalt und zur Werbung für den Verband. In der Ansprache erwarteten die Kollegen Wolf und Reimann von unseren Führern, niemals in eine Lohnverkürzung einzuwilligen, sondern eine Arbeitszeitverlängerung durchzuführen. Mit der Hoffnung, daß die Kämpfe im neuen Jahre zugunsten der Arbeiterschaft ausfallen mögen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Neudamm. Unsere Jahreshauptversammlung war gut besucht. Der zweite Vorsitzende Kollege Mattig erwähnte sie mit den besten Wünschen für das neue Jahr. Unter „Gesellschaft“ wurden an Hand von Unterlagen die letzten sowie die bevorstehenden Lohnverhandlungen eingehend besprochen. Einmütig wurde unseren Verbändlern Dank und Vertrauen ausgesprochen. Auch soll nichts unerwartet bleiben, die Fernstehenden für unsere Organisation zu gewinnen. Hierauf

gab der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal und für das ganze Jahr 1930, deren Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Anschließend sprach der Kassierer über die Konferenz der A.V.B.-Auslöser in Kärnten, die Bedeutung der Bundeschule in Bernau und über den Kursus dafelbst, wofür man dem Verbandsorgan Dank wissen muß. Die Versammlung beschäftigte sich nun mit der Vorstandswahl. Der Vorstand setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. Vors. u. Kassierer Kollege Kitzke, 2. Vors. u. Kartelldelegierter Kollege Wille, Schriftführer Kollegin Elisabeth Fierz, Kassenrevisoren die Kollegen Mattig, Wille und die Kollegin Elisabeth Fierz. Nachdem Kollege Kitzke unter Berücksichtigung einige Mitteilungen bekanntgegeben hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Fingstalt (Heffen). Der Vorsitzende der Zahlstelle Darmstadt hielt am 9. Januar hier eine Versammlung ab, welche von der gesamten Kollegenschaft besucht war. Er gab zunächst bekannt, daß Kollegin Weizner den von ihr seither innegehaltenen Vertrauensposten infolge ihrer bevorstehenden Verbeiratung und schwerer Erkrankung ihrer Mutter niederzulegen gezwungen ist. Kollege Spiegel bedauert dieses aufs tiefste, da obgenannte Kollegin ihren Posten immer musterhaft und gewissenhaft verwaltet hat. Er betonte, daß die Zahlstelle Fingstalt trotzdem nicht verwaisten dürfe, und appellierte an die anwesenden Kolleginnen, sich zur Übernahme des Kassiererepostens bereit zu erklären. Nach längerer Aussprache erklärte sich Kollegin Käthe Weber, Fahner Straße 29, zur Übernahme dieses Postens bereit, die dann auch einstimmig gewählt wurde. Zur Führung der organisatorischen Geschäfte als Vertrauensperson der Buchdrucker Kollege Franz Schmidt, Siebold 26, ebenfalls einstimmig gewählt. Dann machte der Vorsitzende auf die demnächst in Darmstadt stattfindende Generalversammlung aufmerksam und bat die Kolleginnen zum recht zahlreichen Besuch. Im Laufe der Versammlung kam eine Lohnoffensive bei zwei Kolleginnen zur Sprache, die Kollege Spiegel sofort mit den betreffenden Firmen regeln will. Mit dem Gelöbnis, dem Verbands die Treue zu halten, wurde die anregende Versammlung geschlossen.

Böhm (Zür.) Am Sonnabend, dem 3. Januar 1931, fand unsere gut besuchte Hauptversammlung im Vereinsgarten statt. Eingangs der Tagesordnung begrüßte Kollege Kitzke die als Gäste erschienenen Kollegen Richter und Neubauer vom Buchdruckerverband. Beim Verlesen der eingegangenen Schriften hob der Vorsitzende das vom Hauptvorstand eingegangene Schreiben über die letzten Lohnverhandlungen besonders hervor und betonte, daß wir einig und geschlossen zusammenhalten müßten, wenn wir bei der nächsten Verhandlung am 2. Februar einen Lohnabbau erzielen wollen. Unser Gauleiter entgegnete sich, daß er leider an dieser Versammlung nicht teilnehmen könne, da er an diesem Tage eine wichtige Verhandlung in Halle habe. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß es trotz der Wirtschaftskrise in unserer Zahlstelle vorwärtsgegangen ist; können wir doch verschiedene Neuaufnahmen verzeichnen. Die im Jahre 1930 geführten Kassen über den Arbeitsgericht sind alle zu unseren Gunsten entschieden worden. Dann gab unser langjähriger Kassierer Wolf einen ausführlichen Kassenbericht; aus diesem war zu entnehmen, daß einer Einnahme von 3371,20 M. eine Ausgabe von 1009,10 M. gegenübersteht, so daß die Zahlstelle Böhm an die Hauptkasse im Jahre 1930 den Betrag von 2362,10 M. abführen konnte. Die Deutsches hatte am Jahresende 1930 einen Kassenbestand von 398,32 M. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Kitzke, vom Kassierer Kollege Wolf einstimmig wieder gewählt. Schriftführer wurde Kollege Orlamünder. Als Beisitzer wurde der Kollege Kurt Lohr sowie die Kollegin Frau Beck aus Neufahrt gewählt. Als Revisoren fungieren die Kollegen Hermann und Arthur Müller. Unter Punkt Beschließenes gab der Vorsitzende noch bekannt, daß am 2. und 3. Mai 1931 der Gauleiter in Böhm's Mauer abgehalten werden soll. Die Vorbereitung zu dieser Tagung soll dem Gesamtverband überlassen bleiben. Einige interne Fragen riefen noch eine längere Debatte hervor. Nach der Versammlung blieben die Teilnehmer noch einige Stunden bei Musik zusammen; man tauschte noch einiges und auch heiteres Erlebnis untereinander aus.

Stuttgart. „Die Lohnabbauoffensive der Unternehmer und der Schiedspruch vom 17. Dezember 1930“ lautete das Thema der Versammlung am 5. Januar 1931. Trotzdem der Versammlungstag auf den Vorabend eines württembergischen Feiertages fiel, war dieselbe doch sehr gut besucht und gab Kunde von der Stimmung in der Kollegenschaft. Das Kerat hatte Kollege Werner übernommen. Er schilderte in ausführlicher Weise die Verhältnisse im Metallgewerbe. Diese bildeten den Ausgangspunkt für alle späteren Lohnkonflikte in den verschiedensten Berufen. Für uns ist mit dem Schiedspruch vom 17. Dezember die Lohnfrage bis zum 13. Februar erledigt. Wir dürfen uns aber keiner Täuschung hingeben; die Unternehmer werden mit ihrer Forderung wiederkommen, und deshalb müssen wir die Zwischenzeit ausnützen. Wir stehen trotz aller gegenteiligen Behauptungen immer noch auf dem Standpunkt, daß die Methode der Unternehmer die Wirtschaftskrise nicht überwinden, sondern diese im Gegenteil noch mehr verschärfen wird. Von der Reichsregierung sollte man doch erwarten, daß sie mit derselben Energie, wie sie die Lohnabbaubestrebungen förderte, auch die Preisentzerrungsaktionen unterstützt; aber davon hört und sieht man nichts, weil diese Bestrebungen sich schon totgelaufen haben, ehe sie überhaupt in Kraft treten konnten. Eine Gegenüberstellung der Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse vom Jahre 1929 und vom 3. und 17. Dezember 1930 beweisen dies. Es wird den Unternehmern wohl schwerfallen, uns bis zum 2. Februar das Gegenteil zu beweisen. Nach einer kurzen Diskussion fand die Stimmung der Versammlung in nachstehender einstimmig angenommenen Entschließung ihren Niederschlag: „Die sehr gut besuchte Versammlung der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen anerkennt die von großer Verantwortlichkeit getragene Tätigkeit der Vertreter der Gehilfen- und Hilfsarbeiterchaft. Durch den Schiedspruch ist jedoch nur eine Vertagung des Lohnstreites herbeigeführt worden. Nachdem die Preisabnauktion der Regierung auf einen toten Punkt gelangt ist und aller Voraussicht nach auch auf diesem stehenbleiben wird, erwartet die Versammlung, daß auch bei den Verhandlungen am 2. Februar unsere Unterhändler wiederum mit aller Kraft unseren gerechten Standpunkt vertreten werden. Neben der Erhaltung des Reallohnes muß es auch möglich sein, durch eine Verlängerung der Arbeitszeit die aus dem Produktionsprozeß herausgeworfenen Kollegen und Kolleginnen wieder im Gewerbe aufzunehmen. Die Hilfsarbeiterchaft stellt sich zu diesem Zwecke einmütig

hinter die von der Verbandsleitung zu treffenden Maßnahmen.“

Weimar. Unsere Mitgliederversammlung am 7. Januar hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Der Ruf des Vorstandes: „Alle Mann auf den Posten!“ war überall gehört worden. Galt es doch diesmal, das Kerat des Gauleiters Kollegen W a m b a c h e r (Erfurt) über die L o h n f r a g e entgegenzunehmen. Der Vorsitzende B r a u n wies eingangs der Versammlung auf den Ernst der Lage und die Wichtigkeit der Stellungnahme aller Mitglieder zum Haupttagungsordnungspunkt hin. Er gab dabei der Gemüht Ausdrück, daß wie in den übrigen Gauen und Mitgliedschaften so auch im Weimarer Ortsverein der Opferinn und die Treue zum Verbands gerade in schweren Zeiten sich erweisen würden als bester Prüfstein für gewerkschaftliche Solidarität und Disziplin. Einheit und Gleichgültigkeit der Mitglieder seien eine Vertrauensbeweise für unsere Vertreter bei den Lohnverhandlungen — im Gegenteil, jeder ehrliche Führer setze es als eine Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit voraus, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihren aktiven Willen bekunden in der Abwehr der seitens der Unternehmer geplanten Verschlechterungen des Lohnniveaus. Mit großer Anteilnahme folgten nacheinander die Beschlüsse den Ausführungen des Gauleiters W e m b a c h e r (Erfurt). Dieser geißelte die Sünden des Kapitalismus und bewies dessen immer mehr wachsende Unfähigkeit zur Herbeiführung einer Gesundung der Weltwirtschaft. Es gelte bei den kommenden Lohnverhandlungen, unter allen Umständen den Forderungen der Gewerkschaften auf Wiedererreichung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess Geltung zu verschaffen und den Verschlechterungsgefahren der Unternehmer ein Paroli zu bieten. Dies sei jedoch nur möglich, wenn unsere Verhandlungsführer eine von einmütigem Willen getragene und zielbewußt handelnde Mitgliedschaft hinter sich hätten. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: „Wir sind uns des Ernstes der Lage in bezug auf den von Unternehmerseite geplanten Lohnabbau im Buchdruckergewerbe voll bewußt und befinden an dieser Stelle unseren festen Willen, die Organisationsvertreter in ihrer schweren Abwehrarbeit zu unterstützen durch Treue zur Organisation und solidarischen Handeln. Mögen unsere Vertreter die kommenden Verhandlungen führen in dem Bewußtsein, daß sie eine fest organisierte und gewerkschaftlich disziplinierte Mitgliedschaft hinter sich haben, die, wenn es gilt, auch großen Opfern bereit sind in der gemeinsamen Abwehr beabsichtigter Verschlechterungen unserer Lebenslage. Wir kennen unsere Pflicht und sind gerufen!“ Mit Dankesworten des Vorsitzenden an den Gauleiter wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Wiesbaden. Mitgliederversammlung am 20. Dezember. Lohnverhandlungen waren das Hauptthema des Abends. Übergrabenweise waren die Verhandlungen innerhalb drei Tagen mit dem bekannten Ergebnis zu Ende geführt worden, deshalb benutzte unser Vorsitzender Kollege Flügger die Gelegenheit und hielt einen Vortrag: „Der Kampf zwischen Kapital und Arbeiterchaft.“ Er verstand es, in anschaulicher Weise alle gewerkschaftlichen und wirtschaftspolitischen Ereignisse des Jahres Revue passieren zu lassen. In treffenden Worten schilderte er den nicht eine Minute ruhenden Kampf des Kapitals gegen die Arbeiterchaft. Wir dürfen auch in der großen wirtschaftlichen Not nicht interesselos unseren Organisationsaufgaben gegenüberstehen. Bedenken wir, daß wir Kampfgeneration sind, und daß wir es immer in der Hand haben, unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Dank unserer guten organisatorischen Erziehung innerhalb des graphischen Gewerbes war es möglich, den ersten Schlag bei den Lohnverhandlungen abzuwehren. Mit einem ersten Appell schloß der Vorsitzende seinen Vortrag. Unter Punkt Beschließenes wurden noch interne Angelegenheiten erledigt, und unter dem Endbieten der herzlichsten Weihnachts- und Neujahrswünsche seitens des Vorstandes an die Erschienenen wurde die harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen.

Literatur

Die Gemeinde ist das kommunalpolitische Organ für die Praktiker. Seitens des V. B. Vertretungen nehmen alle Volkshandlungen, Postkontrollen und der Verlag J. S. W. Diebst. 6. m. b. H. Berlin, E. 68, Lindenstraße 3, entgegen.

Landarbeiter-Archiv. Herausgeber: Deutscher Landarbeiter-Verband. Schriftleiter: Walter Krosch. Verlag: Einheitsbuch 6. m. b. H. Berlin E. 48. Einheitsstraße 2. M. Preisgewinn für ein Jahr (6 Hefen) 10 M.

Am 10. Januar verstarb plötzlich nach langem Leiden unsere liebe Kollegin und langjähriges Vorstandsmitglied

Anna Schömann
(Baumann & Co.)
im Alter von 37 Jahren.
Ein ehrendes Gedenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Zahlstelle Kassel.

Am 13. Januar verstarb nach kurzer Krankheitsdauer unser Kollege

Otto Hans
(Haag-Drugulin)
im Alter von 50 Jahren.
Ein ehrendes Gedenken bewahrt dem Verstorbenen
Die Mitgliedschaft Leipzig.

Unserem lieben Kollegen **Karl Feinke** in der Firma „Schleifische Volkszeitung“ nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Beerdigung.
Die Zahlstelle Breslau.

Abrechnungen

An Geldsendungen kamen in der Woche vom 12. bis 17. Januar aus Berlin 54 000 Mark.
Berlin, den 17. Januar 1931.

S. Lodaht.

Für die Woche vom 18. Januar bis 24. Januar ist die Beitragsmarke in das 4. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schulze, Charlottenburg, Meerfeldstraße 5. Verantw.: Amt Westend 1328. — Verlag: S. Lodaht, Charlottenburg. — Druck: Buchdruckwerkstätte GmbH, Berlin SW 61, Dreilindenstraße 5.